

Geschätzter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Sonne scheint, das Wetter ist gut, viele Menschen freuen sich auf ihren Sommerurlaub. Eigentlich ist die Stimmung viel zu gut für eine Haushaltsrede. Die dunklere Jahreszeit hätte besser zur Haushaltslage gepasst. Die war aber Ende 2025 so schlecht, dass der Verwaltungsentwurf erst einige Monate später fertig war als üblich. Dafür hatten wir ein Vierteljahr Zeit für dessen Beratung – was nicht vorteilhaft war.

Wie schlecht die finanzielle Lage unserer Stadt ist, haben einige begriffen, andere nicht.

Fangen wir mit Positivem an: Dem Stadtkämmerer und seinem Team ist es gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushalt mit fortgeschriebenem HSK vorzulegen. Diese Tatsache kann gar nicht genug gelobt werden, denn sie erhält uns einen gewissen Handlungsspielraum, den wir bei einem dauerhaften Nothaushalt nicht einmal ansatzweise gehabt hätten. Ein auf über 30 Millionen Euro gestiegenes Defizit galt es zu verarbeiten und es ist gelungen! Herzlichen Dank dem Kämmerer und den Damen und Herren, die wie immer bescheiden auf den Zuschauerstühlen Platz genommen haben.

Besonders bemerkenswert: Es wird keine zusätzlichen Steuererhöhungen geben, es werden keine Einrichtungen in Frage gestellt – kurz: Es gibt keine Grausamkeiten.

Obwohl heute Abend kein Fußballspiel mehr ansteht, will ich versuchen mich kurz zu fassen und verzichte daher auf umfangreiche Schuldzuweisungen gegenüber Land und Bund. Das ist zwar hier schon quasi eine betriebliche Übung, aber es bringt uns überhaupt nicht weiter. Wir können auch auf den Kreis und dessen Umlage blicken, für den einige von Ihnen in Doppelfunktion Verantwortung tragen. Hilft das? Um nur zwei große Kreisaufgaben zu nennen: Die Märkischen Kliniken sind uns lieb und teuer – und jeder Lüdenscheider und jede Lüdenscheiderin sollte dankbar dafür sein, dass wir der Standort des Kreiskrankenhauses sind. Das dort die finanzielle Lage ist wie sie ist, hat zwar auch hausgemachte Ursachen, aber gerade in diesen Tagen merkt man besonders deutlich, welchen Einfluss politische Entscheidungen auf Wohl und Wehe der Krankenhäuser haben. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Berglandklinik, die fast über Nacht von der Krankenhaus-Landkarte verschwand.

Zweiter Posten: Die MVG. Hier stellen wir uns die Falle selbst: Einerseits ist es einfach, über das Millionendefizit zu meckern, Besserung zu fordern und damit eine Entlastung für die 15 Städte und Gemeinden im Kreis. Aber wo sind die Bürgermeister und Stadträte bei den Vorschlägen zur Beseitigung des Defizits? In Wirklichkeit wird ein Teil davon in Ratssälen wie diesem verursacht. Ich kann mir lebhaft vorstellen, was passierte, wenn die MVG Ihr Mobilitätsangebot an die Forderungen der Kämmerer anpassen würde: Die Bürgermeister und die Ratsmitglieder würden sich in der ersten Reihe der Demonstranten wiederfinden. Wie oft wurde – auch schon in diesem Rat und seinen Ausschüssen – gefordert, auch absolut unwirtschaftliche Verbindungen in Randzeiten aufrechtzuerhalten, weil weniger als eine Handvoll Fahrgäste angeblich ausgerechnet auf genau diesen Bus zu exakt dieser Uhrzeit angewiesen seien. Wenn das so weitergeht, wird das Defizit der MVG niemals kleiner, sondern immer nur größer. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich nicht speziell Sie an Ihre eigene Verantwortung bei dem Thema erinnern. Die Situation ist in den anderen 14 Stadt- und Gemeinderäten garantiert dieselbe.

Was wir brauchen, ist eine durchgreifende Reform, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert. Damit meine ich echte Nutzungszahlen und nicht die lauteste Lobby. Nur wenn alle schimpfen – das kennen wir von der Gesundheitsreform – scheinen die Maßnahmen einigermaßen gerecht verteilt zu sein.

Zurück nach Lüdenscheid und in den alleinigen Verantwortungsbereich der Stadt.

Die schwierige Haushaltsslage ist wahrhaftig nicht neu. Dennoch übertreffen sich einige hier gegenseitig bei der Schaffung neuer Ausgabeposten.

Ja, Sie sind gemeint, liebe Damen und Herren von CDU und SPD. Seit erstmaligem Einzug der Linken in den Stadtrat warne ich davon, sie in die Nähe des Gelds anderer Leute zu lassen. Die neue Ratsfraktion hat sich offenbar entschlossen, in Sachen finanzieller Verantwortung eine reine Beobachter und Meckerrolle einzunehmen – ohne Beteiligung an der Sachdiskussion in den Fachausschüssen. Die Grünen runzeln wie die Liberalen die Stirn über die Ausgabenpolitik von CDU und SPD.

Na gut, es ist mehr als ein Stirnrunzeln – jedenfalls bei der FDP – vielmehr offener Widerstand:

- Der neue Rat war kaum konstituiert, da hatten Sie und die drittgrößte Fraktion schon neue Posten für Parteifreunde geschaffen. (Es war klar, dass Sie jetzt maulen, aber Sie werden das noch oft zu hören bekommen.)
- Uns wurde versprochen, dass durch eine „Professionalisierung der Ratsarbeit“ vieles besser werde. Davon merken wir allerdings nichts. Als erstes haben Sie einen extra Briefbogen entworfen, dann haben Sie Ihren Koalitionsvertrag fertiggestellt (ein halbes Jahr nach der Wahl). Jetzt werden – Mehrheit ist Mehrheit – Gepflogenheiten und sogar Regeln des Rates ignoriert: Weil Sie Antragsfristen nicht einhalten, ist auf einmal jedes Thema ein Haushaltsthema. Diesen Tagesordnungspunkt gab es in den letzten Wochen in allen Ausschüssen. So wird im Finanzausschuss über klimaresiliente Alleegebäume diskutiert und im Bau- und Verkehrsausschuss werden die Beschlüsse zum Klimaschutz per Antrag in Frage gestellt ohne den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beteiligen. Anträge kommen erst wenige Tage, in Einzelfällen erst wenige Stunden vor der Ausschusssitzung. Aber es reicht ja, wenn CDU und SPD sich einig sind – Mehrheit ist Mehrheit.
- Zu Ihrer Reform der Verwaltungsstruktur habe ich schon gerade etwas gesagt. Auch hier wird nur ein alter Traum von CDU und SPD umgesetzt, den frühere Kooperationspartner aufgehalten hatten: Ein Verwaltungsvorstand nur mit Wahlbeamten.

Organisatorisch lässt sich also zusammenfassen: Statt einer Professionalisierung der Ratsarbeit gibt es eine Politisierung des Verwaltungsvorstands.

Zurück zum Haushalt: Die Beratung in Fraktionen und Ausschüssen über ein Vierteljahr hat den städtischen Finanzen nicht gut getan. Jedesmal, wenn irgendwo Geld übrig zu sein schien, wurde ein neuer Ausgabeposten geschaffen. Vermeintliche Wohltaten, wie z.B. ein neuer Fördertopf für Seniorensport, erzeugen neue Erwartungen und Ansprüche. Manche Subvention erzeugt erst den Bedarf, den sie zu decken versucht. Hier also neue Töpfe zu schaffen, ist unvernünftig.

Stattdessen werden Zukunftsthemen liegengelassen: Es gibt noch kein Konzept zur Fortführung des TUMO-Zentrums über das Jahr 2027 hinaus. Ein echtes Schmuckstück haben wir da – und eine tolle Chance für die junge Generation. Aus Prinzip chancengleich und daher kostenfrei für die Nutzerinnen und Nutzer. Das wird ohne Unterstützung der

Stadt nicht auf Dauer so bleiben können. Hier müssen wir Verantwortung übernehmen, damit TUMO nicht nur ein kurzer Lichtschein am Horizont war.

Ich habe die Hoffnung, dass alle Fraktionen hier Handlungsbedarf sehen – auch wenn die neue Ratsmehrheit angesichts der ungewissen Zukunft des Fachbereichs 5 den Themen Jugend und Bildung keine große Bedeutung beizumessen scheint.

Die Ratsmehrheit möchte der großen Koalition in Berlin um nichts nachstehen. Insbesondere nicht bei großen Ausgaben und großen Schulden – schön zu erkennen an der heutigen Tagesordnung des Rates:

- Der Abriss der Westschule wird durchgezogen, weil man sich offenbar schon so darauf gefreut hat. Da kann die Verwaltung soviel vorrechnen wie sie will. Das ist unvernünftig.
- Das ehemalige Leffers-Gebäude wird gekauft, obwohl bis heute der Nachweis fehlt, dass man es dauerhaft braucht. Das ist unvernünftig.
- Schon jetzt ist man sich sicher, dass es erstens zu wenige Parkplätze in Lüdenscheid gibt – was ich bezweifle – und man daher zweitens ein neues Parkhaus bauen müsse. Selbstverständlich wieder mit städtischem Geld auf einem Grundstück, das uns nicht gehört.

Das sind nur die Ideen des ersten halben Jahres nach der Kommunalwahl. Die finanzielle Lage der Stadt hat sich aber seitdem nicht verbessert – im Gegenteil. Nur dank der Kreativität der Kämmerei haben wir überhaupt noch Handlungsspielraum. Der ist aber nicht so groß, dass wir uns eine Wiederholung der Großstadtphantasien der 1980er Jahre leisten könnten. Damals wurden viele Millionen in Kulturhaus, Museen, Stadtbücherei, baulich aufwendige Verkehrsberuhigungen und vieles mehr investiert – bei einer besseren Haushalts- und Volkswirtschaftslage und bei 10.000 Einwohnern mehr. So ein Ausgabenprogramm jetzt ohne Not aufzulegen, grenzt an finanziellen Suizid.

Vernünftig wäre es stattdessen eine Bestandsaufnahme unseres Vermögens zu machen. Hiermit meine ich Grundstücke und Gebäude. Welcher Reparaturstau ist vorhanden? Wo sind Investitionen nötig, um die Substanz zu erhalten? In den letzten paar Jahren sind so viele städtische Gebäude zu Sorgenkindern geworden:

- Die Westschule und die Grundschule Lösenbach.
- Die Turnhallen der Adolf-Reichwein-Gesamtschule, des Zeppelin-Gymnasiums und der Grundschule Tinsberg.
- Nicht formal im städtischen Eigentum steht das Hallenbad am Nattenberg, dessen Dach ebenfalls nicht mehr zu retten scheint.

Woher nehmen wir die Gewissheit, dass die Liste damit zu Ende ist? Was passiert, wenn es plötzlich Probleme in weiteren Schulen, Sporthallen oder Kultureinrichtungen gibt? Wir sollten zunächst untersuchen, welche baulichen und finanziellen Gefahren uns in den nächsten Jahren ereilen könnten, bevor wir jetzt – ich betone: ohne Not! – eine Investitions- und damit Verschuldungsprogramm auflegen.

Viele hier machen sich offenbar keine Gedanken, dass sie Geld verfrühstücken, das wir nicht haben und damit Schulden machen, die wir nicht brauchen. Wenn das so kommt, hinterlassen Sie den nächsten Generationen einige neue Prestigebauten, einen großen Schuldenberg und eine weiterhin marode Infrastruktur.

Denn eine wirkliche Modernisierung der publikumsintensiven Einrichtungen wie Schulen und Kultureinrichtungen (Ausnahme: VHS und Musikschule) findet nicht statt. Es

wird nur reagiert, nicht vorgesorgt. Auch bei den Sportstätten geht es zu langsam voran. Stattdessen werden Millionensummen in Immobilien investiert, die uns nicht gehören. Dann kaufen wir sie eben. Es ist ja nicht unser Geld – sondern das unserer Kinder und Enkelkinder.

Die Haushaltssicherungskonzepte der Vergangenheit haben eines gebracht: Einen konsequenten Schuldenabbau. CDU und SPD wollen viele Weichen neu stellen – offenbar auch diese.

Bitte seien Sie vernünftig – geben Sie sich nicht dem Rausch Ihrer Träume hin. Sie sind nicht ohne Grund bislang unerfüllt geblieben.

Meine Damen und Herren,

wenn die neue Ratsmehrheit an ihrem Ausgabenprogramm festhält, ziehen dunkle Wolken auf. Auf den vorliegenden Entwurf des Doppelhaushalts 2026/2027 wird sich das noch wenig aus. Deshalb und um unsere Dankbarkeit gegenüber der Verwaltung für ihre Anstrengungen zum langfristigen Haushaltsausgleich zu zeigen, wird die FDP-Fraktion ihm zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.